

Geleitwort

Leasing hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bedeutenden Instrument der Investitionsfinanzierung entwickelt, das vor allem von kleineren und mittelständischen Unternehmen genutzt wird. Als Gründe für die Nutzung von Leasing werden häufig steuerliche und bilanzielle Motive genannt. Befragungen von Leasingnehmern kommen dagegen zu dem Ergebnis, dass diese beiden Motive weit weniger bedeutsam sind als oftmals angenommen. Stattdessen stehen gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen Aspekte der Liquidität und der Kapitalbeschaffung im Vordergrund. Die finanzierungstheoretische Literatur hat bislang noch keine überzeugende Antwort auf diese Diskrepanz zwischen den vermuteten Motiven für Leasing und der empirischen Evidenz gefunden. An diese Lücke setzt die vorliegende Arbeit an.

Auf der Basis der Institutionenökonomik wird gezeigt, dass durch Leasing Investitionsvorhaben mit geringeren Transaktionskosten realisiert werden können als durch eine Kreditfinanzierung. Eine erste Gruppe von Modellen knüpft an dem Aussonderungsrecht an, das dem Leasinggeber als juristischem Eigentümer bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers zusteht. Der Leasinggeber hat damit eine dem besicherten Gläubiger ähnliche Position. Anhand der Theorie der Kreditsicherheiten wird untersucht, welchen Beitrag Leasing zur Reduzierung von Transaktionskosten leisten kann. Hauptergebnis der theoretischen Analyse ist, dass die durch das Aussonderungsrecht gegebene schnelle Zugriffsmöglichkeit des Leasinggebers auf das Leasingobjekt sowie dessen überlegene Verwertungskompetenz die entscheidenden Faktoren sind, die bewirken, dass Vertragsbeziehungen, die durch eine asymmetrische Informationsverteilung gekennzeichnet sind, durch Leasing mit geringeren Transaktionskosten als durch Kreditfinanzierung realisiert werden können.

Leasingverträge beinhalten häufig Kaufoptionen oder Andienungsrechte. Solche Optionskomponenten wurden bislang fast ausschließlich als ein Instrument der Risikoteilung zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer angesehen, ohne dass damit erklärt werden konnte, weshalb eine bestimmte Risikoteilung optimal ist. Auf der Basis der Theorie unvollständiger Verträge werden Optionsbestandteile von Leasingverträgen als ein Instrument gesehen, das eine zustandsabhängige Allokation von Eigentumsrechten

ermöglicht. Dies ist vorteilhaft, wenn zu Beginn der Vertragsbeziehung noch nicht absehbar ist, ob ein Übergang der Eigentumsrechte vom Leasinggeber zum Leasingnehmer vorteilhaft ist.

Die vorliegende Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur theoretischen Fundierung des Leasings und liefert wichtige Anregungen zu weiteren Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet.

Köln, im Dezember 2010

Univ.-Prof. Dr. Thomas Hartmann-Wendels